

ARABISCHE LIGA

Streitbare Friedensinitiative



Palästinensische Solikundgebung in Beirut: Flüchtlingskinder demonstrieren im weißen Gewand der Selbstmordattentäter gegen die Operationen der israelischen Armee in der West Bank. (Foto: epa)

Einstimmig hat die Arabische Liga eine Friedensresolution verabschiedet. Doch die arabische Einheit ist lange nicht so gefestigt, wie oft dargestellt. Und palästinensische Flüchtlinge sind längst nicht überall erwünscht.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Musa, ist ein höflicher Mensch. "Weisheit, Kompetenz und Verantwortungsgefühl" beschleunigte er dem Gastgeber, dem libanesischen Staatspräsidenten Emile Lahoud, zum Abschluss des Arabischen Gipfels am Donnerstag vor einer Woche. Inzwischen wird darüber beraten, ob die Ereignisse in Israel nicht schon bald einen Sondergipfel der Liga erfordern.

Doch nicht nur Amre Musa steckt der Streit vom Gipfel in Beirut noch zu sehr in den Knochen. Von einem erneuten Treffen verspricht sich deshalb nicht nur der Generalsekretär der Liga nicht besonders viel. Zu frisch sind die Erinnerungen an den Beirut-Eklat um die Direktübertragung der Rede von Palästinenserpräsident Yassir Arafat. Es wird wohl ungeklärt bleiben, ob Lahoud die Direktschaltung nach Ramallah wirklich aus Angst vor technischen Problemen und israelischer Einmischung oder doch aus politischen Erwägungen und vielleicht auf syrischen Wunsch verhindert hat. Eins hat der beleidigte Auszug der palästinensischen Delegation aus dem Sitzungssaal deutlich gemacht: Mit der arabischen Einheit ist es nicht weit her.

Zwar wurde zum Abschluss eine Friedensresolution einstimmig verabschiedet. Sie kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es durchaus unterschiedliche Vorstellungen vom Umgang mit Israel gibt. So erklärte der syrische Präsident Bashir al-Assad gleich nach dem Ende der Konfe-

renz vor Journalisten, die Friedensinitiative stelle nur einen ersten Schritt dar, dem weitere, detailliertere folgen müssten. Letztlich dient der Text, wie auch der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud Faisal auf der abschließenden Pressekonferenz erklärte, vor allem dazu, einen Schritt vorwärts zu tun und den arabischen Friedenswillen zu bezeugen. Demonstrativ hatte sich Kronprinz Abdullah mit seiner Rede direkt an die israelische Bevölkerung gewandt, Yassir Arafat hatte in seiner im Fernsehen übertragenen Ansprache ein frohes Pessachfest gewünscht, während der Hardliner Assad den Gipfel dazu benutzte, Israels Politik gegenüber den PalästinenserInnen als "neuen Holocaust" zu bezeichnen und Angriffe auf israelische ZivilistInnen damit zu rechtfertigen, dass "in Israel alle bewaffnet sind".

Besondere Situation arabischer Gastländer

Ungeachtet dieser aggressiven Töne stellt die Friedensinitiative insofern einen Fortschritt dar, als sich erstmals alle arabischen Staaten auf die palästinensische Minimalforderung nach einem israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten einlassen und nicht mehr auf den Teilungsplan der Uno von 1948 zurückgehen wollen. Dabei sind der einhelligen Erklärung hinter den Kulissen zähe Verhandlungen vorausgegangen. Die Abschlussitzung des Gipfels hatte mit Verspätung begonnen, weil die libanesische Delegation eine schärfere Formulierung zur Rückkehr der

palästinensischen Flüchtlinge in der Vorlage haben wollte. So ist nun nicht nur von einer "gerechten Lösung entsprechend der UN-Resolution 194" die Rede, abgelehnt wird jede palästinensische Ansiedlung, "die nicht mit der besonderen Situation der arabischen Gastländer vereinbar ist".

Ein kleiner Erfolg für den Libanon, der hier den Knackpunkt jedes Arrangements mit dem Nachbarstaat Israel sieht: Sogar in der Verfassung ist festgeschrieben, dass die palästinensischen Flüchtlinge nicht dauerhaft angesiedelt werden sollen. Und fast alle der ansonsten in kaum einer Frage einigen politischen Kräfte im Land lehnen die Einbürgerung ab, wenn auch mit verschiedenen Begründungen. So wird behauptet, die Flüchtlinge wollten sowieso nichts lieber, als an ihren Herkunftsort (bzw. in die Heimat ihrer Eltern oder Großeltern) zurückkehren; außerdem würde ihre Ansiedlung bedeuten, den Druck auf Israel zu verringern.

Hinter den scheinbar palästinenserfreundlichen Argumenten stehen jedoch egoistische Überlegungen. Vor allem christliche und schiitische Gruppen fürchten durch die Einbürgerung der vorwiegend sunnitischen PalästinenserInnen einen Machtverlust im fragilen konfessionalistischen System des Libanon. Außerdem wecken die Erinnerungen an den 1991 beendeten Bürgerkrieg die Furcht davor, militante palästinensische FriedensgegnerInnen könnten den Libanon zur Basis für Aktionen gegen Israel machen.

Und viele LibanesInnen wollen einfach nicht den in Zeiten der Wirtschaftskrise sowieso schon knappen Kuchen mit den PalästinenserInnen teilen. Schließlich lebt mehr als die Hälfte von ihnen noch immer unter elenden Umständen in Flüchtlingslagern - ein höherer Anteil als in Gaza und in allen anderen arabischen Gaststaaten. Nicht nur die Einbürgerung wird ihnen verwehrt. Auch viele Berufe können sie nicht ergreifen, da sie Berufsverbänden angehören müssten, die nur LibanesInnen offen stehen. Erst im vergangenen Jahr hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den PalästinenserInnen das Recht auf Immobilienbesitz abspricht. Der Chefredakteur des Magazine, einer der rechten christlichen Opposition nahe stehenden Zeitschrift, schreibt deutlich, warum die PalästinenserInnen nicht integriert werden sollen: "Der Beitrag dieser Zehntausenden zur Wirtschaft wäre verheerend. Die Arbeitslosenquote würde steigen, das Pro-Kopf-Einkommen sinken, kurz, der Libanon könnte unglücklicherweise zu den allerärmsten Ländern gezählt werden."

Auch Hassan Krayem von der Demokratischen Plattform, einem Zusammenschluss linker unabhängiger Gruppen, erklärte der woxx, dass er keine Möglichkeit für die Flüchtlinge sieht, im Libanon zu bleiben: "Sie sollten entweder zurückkehren oder in Länder gehen, in denen sie sich gleichberechtigt fühlen. Diesen Status hatten sie nie im Libanon und werden ihn auch nie haben."

Gleichberechtigung ist nicht drin

Angesichts der leeren Staatskasse vermuten aber manche doch, dass sich die libanesische Regierung trotz demonstrativer Ablehnung auf Verhandlungen einlassen könnte. Mit dem Text der Friedensinitiative hätten die arabischen Staaten signalisiert, dass sie für den vollständigen Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten einen Kompromiss beim Recht auf Rückkehr eingehen könnten, schreibt die linke propalästinensische Tageszeitung al-Safir. Sie befürwortet die Einbürgerung unter anderem deshalb, weil der Libanon dafür einen Schuldenerlass aushandeln könnte - bei 29,5 Milliarden Dollar Staatsschulden, ein Weltrekord von 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ein nicht zu vernachlässigendes Argument. Ob Libanons Schutzmacht Syrien das allerdings auch so sieht, ist fraglich.

In der so einhellig wirkenden Friedensinitiative wurde der entscheidende Punkt des Rückkehrrechts für palästinensische Flüchtlinge offen-

bar bewusst unklar formuliert. Die Formel "gerechte Lösung" und der Bezug auf die Resolution 194 der Uno-Generalversammlung von 1948, die eine finanzielle Entschädigung der Flüchtlinge verlangt, "die es vorziehen, nicht zurückzukehren", können bei wohlwollender Interpretation als Kompromissangebot an Israel verstanden werden. Es sei die Sache der "interessierten Parteien", über Details zu verhandeln, erklärte Faisal nach dem Gipfel.

Wie dies geschehen wird, ist angesichts der aktuellen Ereignisse in Israel ziemlich unklar. Derzeit streiten die arabischen Staatshäupter darüber, wie sie den PalästinenserInnen und ihrem Präsidenten Jassir Arafat am besten helfen können. Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten setzen auf politische Kontakte mit Washington, Moskau und den Europäern. Nachdem die Israelis den Aufruf der Vereinten Nationen zum Rückzug aus Ramallah ignoriert haben, scheinen nun die Radikalen die Oberhand zu gewinnen.

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat die Golfstaaten dazu aufgerufen, den Amerikanern wegen ihrer Unterstützung für Israel kein Öl mehr zu verkaufen. Auch der für seine exzentrischen Ideen bekannte libysche Revolutionsführer Muammar el Gaddafi erntete Lob für seinen Vorschlag, arabische Freiwillige zur "Befreiung Jerusalems" zu schicken. Der jemenitische Präsident Ali Abdallah Salih hat sich inzwischen wegen der "Unfähigkeit der Araber" unter Protest in die Provinz verabschiedet, weil Ägypten und Jordanien nicht seinem Rat, ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abzubrechen, folgen wollen.

Noch nicht geeinigt haben sich die arabischen Führer darüber, ob es zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll wäre, einen Sondergipfel der Arabischen Liga oder auch nur ein Außenministertreffen einzuberufen, wie dies von Libyen, Katar und dem Jemen gefordert wird. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Musa, macht jedoch kein Hehl daraus, dass er von einem erneuten Gipfeltreffen wenig hält. Seine Argumentation lautet: Die israelischen Angriffe seien so "unvorstellbar", dass die Araber bei einem Gipfel eigentlich nur eine Kriegserklärung beschließen könnten. Da dies aber von mehreren Staaten abgelehnt werde, sei ein Gipfel nutzlos.

Anne Françoise Weber,
Beirut

Anne Françoise Weber
ist freie Journalistin und
lebt zurzeit in Beirut.